

ZU DIESEM HEFT	353	<i>Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten</i> Empfehlungen für eine Reform der Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung	395
SCHWERPUNKT			
<i>Matthias Freise</i> Fluchtpunkt Zivilgesellschaft Brüssel auf der Suche nach neuen Legitimierungsressourcen	354	<i>Micha Thom</i> Spurensuche Nationalsozialismus Bericht zum Buchprojekt „Wir haben sie nie wieder gesehen...“	399
<i>Henrik Bruns/Michael Schemmann</i> Der Einfluss der Europäischen Union auf den Weiterbildungssektor – zwischen Steuerung und Governance	360	<i>Ina Bielenberg</i> Zukunft hat Herkunft – Politische Bildung gestaltet Demokratie	404
<i>Helle Becker</i> Bologna lässt grüßen Bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in der Europäischen Union und ihre Bedeutung für die politische Bildung	368		
<i>Doris Pack</i> Bildung in Europa – Aufgaben und Chancen	374		
<i>Kirsten Mülheims/Hans-Georg Rosenstein</i> Möglichkeiten der europäischen Förderung politischer Bildung im Rahmen des EU-Aktionsprogramms für lebenslanges Lernen (LLP)	379		
<i>Georg Pirker</i> DAREstory	385		
ADB-FORUM			
<i>Helle Becker</i> Alle unter einen Hut Der AdB als Dach für die Vielfalt politischer Bildung	392		
		ADB-JAHRESTHEMA	
		METHODEN UND ARBEITSHILFEN	
		<i>Marina Grasse</i> Die Zeitstrahl-Methode in Biografie- und Geschichtswerkstätten	407
		INFORMATIONEN	
		Meldungen	412
		Aus dem AdB	423
		Personalien	435
		Bücher	436
		Markt	443
		IMPRESSUM	449

**Thema des nächsten Heftes:
Demokratie und Globalisierung**



Seit dem 1. Dezember 2009 gilt nun als Grundlage der Zusammenarbeit in der Europäischen Union der Lissabon-Vertrag, der mehr Transparenz und Demokratie in die europäische Politik bringen soll. Er ändere nichts an der nationalen Souveränität in nicht ausdrücklich als europäisch deklarierten Politikberei-

chen, so seine Befürworter. In die Kulturhoheit werde ebenso wenig eingegriffen wie in die Bildungspolitik der Mitgliedsstaaten, die für Lehrinhalte und die Gestaltung ihres Bildungssystems weiter verantwortlich seien.

Dennoch hat sich schon lange vor Lissabon durch die von der EU aufgelegten Aktionsprogramme in den Politikbereichen Jugend und Bildung ein nicht zu unterschätzender Einfluss auf die Entwicklung der nationalen Bildungssysteme ergeben, auch wenn Bildungspolitik wie in Deutschland zudem noch Sache der einzelnen Bundesländer ist. Die Diskussion über den Bologna-Prozess und den Deutschen Qualifikationsrahmen zeigt, dass die deutsche Bildungspolitik auf der Grundlage von Vereinbarungen auf der EU-Ebene bereits in hohem Maße durch die vor allem ökonomischen Ziele der EU bestimmt wird. Die gewollte Freizügigkeit von Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen, Unternehmen und Dienstleistungen erfordert eben auch bestimmte bildungspolitische Voraussetzungen. Viele Projekte der außerschulischen Bildung werden inzwischen durch EU-Mittel kofinanziert, die auf der Ebene der Bundesländer bestehenden gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit von Bildungsträgern müssen EU-Recht angepasst werden, wie zuletzt die Novelle des nordrhein-westfälischen Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes zeigte. Bildung wird – so der Tenor der Kritik – durch die EU-Dienstleistungsrichtli-

nie auch im eigenen Land zur Ware, neben staatliche und öffentlich geförderte freie Träger treten private, gewinnorientierte Bildungsanbieter.

Offenkundig lässt sich also auch bei vorgeblich eindeutigen Zuständigkeiten nicht verhindern, dass Entscheidungen in verschiedenen Politikbereichen sich gegenseitig beeinflussen und auf andere Ebenen auswirken. Das muss kein Nachteil sein. Das Unbehagen an dieser Entwicklung jedoch, das sich in der steigenden Wahlverweigerung auch in ehemals europafreundlichen Mitgliedsstaaten offenbart, speist sich aus dem Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber solchen Entscheidungen, die nicht hinreichend nachvollziehbar sind und durch politisches Engagement kaum beeinflussbar erscheinen, auch wenn die eigene Lebenssituation dadurch maßgeblich bestimmt wird. Im Zorn auf die EU wird allerdings zumeist übersehen, dass deren Politik nicht zuletzt Ergebnis nationalen Regierungshandelns ist und die deutsche Regierung ihre eigenen Interessen auch in Europa durchzusetzen versucht. Bei unpopulären Maßnahmen wird die EU aber gern als deren Verursacherin dargestellt, auch wenn es sich um politische Vorgaben handelt, die ohne Beteiligung der eigenen Regierung nicht zustande gekommen wären.

Ob sich durch den Lissabon-Vertrag nun die politischen Handlungsmöglichkeiten der EU-Bürger/-innen auch wirklich verbessern und ob sie dann auch genutzt werden, wird sich noch zeigen müssen. Dass die außerschulische Bildung im eigenen Land die europäischen Rahmenbedingungen für ihre Praxis nicht ignorieren kann und sich in weiten Teilen auch bereits darauf eingelassen hat, wollen wir mit diesem Heft verdeutlichen. Und zudem Hinweise auf Chancen geben, die die EU-Politik eröffnet hat, die aber mehr noch als bisher für die Weiterentwicklung der eigenen Arbeit wahrzunehmen sind.

Ingeborg Pistohl

Fluchtpunkt Zivilgesellschaft

Brüssel auf der Suche nach neuen Legitimierungsressourcen

Matthias Freise

Matthias Freise thematisiert die verschiedenen Stränge des Zivilgesellschaftsdiskurses in Brüssel. Er verdeutlicht, dass die Institutionen der EU Zivilgesellschaft sowohl im Kontext der Legitimierung europäischen Regierens durch die Einführung partizipativer und deliberativer Instrumente diskutieren als auch nach den Möglichkeiten einer Outputsteigerung europäischer Policies fragen, die durch die Einbeziehung von Akteuren der „organisierten Zivilgesellschaft“ in die Politikformulierung erreicht werden soll. Vor allem im ersten Strang kommt Citizen Education und zivilgesellschaftlichen Förderprogrammen ein zunehmend wichtiger Stellenwert zu.

Die EU und ihr Demokratiedefizit

Dass die Europäische Union in einer Krise steckt, ist spätestens seit der irischen Ablehnung des Vertrags von Lissabon im Juni 2008 gemeinhin bekannt. Dabei ist sein vorläufiges Scheitern nur Ausdruck eines viel größeren Problems: Die EU, ursprünglich als bloße Regulierungsbehörde eines europaweiten freien Marktes ins

Die EU hat eine stetige Ausweitung ihres Hoheitsbereiches erfahren

Leben gerufen, hat eine stetige Ausweitung ihres Hoheitsbereiches erfahren. Immer mehr Kompetenzen werden

auf die europäische Ebene verlagert. Und obwohl eine Reihe von demokratischen Strukturen wie das direkt gewählte Europäische Parlament eingeführt worden sind, besteht doch mittlerweile weitgehende Einigkeit in der politischen wie politikwis-

senschaftlichen Debatte, dass die Europäische Union ein großes, wenn nicht gar gigantisches Demokratiedefizit aufweist.

In Deutschland erhielt die Diskussion um dieses Demokratiedefizit durch Altbundespräsident *Roman Herzog* neuen Zündstoff, als er in einem Beitrag mit *Lüder Gerken* für die *Welt am Sonntag* die Vermischung von Legislative und Exekutive durch die zentrale Präjudizfunktion des Ministerrats in Bezug auf das Europäische Parlament beklagte und etwas überzogen festhielt, die Bundesrepublik Deutschland könne nicht mehr als parlamentarische Demokratie bezeichnet werden. Vielmehr sei es die unzureichend demokratisch legitimierte EU-Verwaltung, die nationale Gesetzgebung maßgeblich bestimme (Herzog/Gerken 2007: 9). Zahlreiche weitere Argumente lassen sich gegen die gegenwärtigen Modi europäischen Regierens vortragen, darunter etwa: Europäisches Regieren geschieht alles andere als transparent und ist noch immer eine Art Außenstelle der nationalen Regierungen, die ihre Geschäfte technokratisch hinter verschlossenen Türen treffen, ohne Rücksicht auf repräsentativ-demokratische Verfahren nehmen zu müssen (Follesdal/Hix 2005).

Es ist folglich nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung der Union zunehmend skeptisch gegenübersteht. Das Interesse an der Wahl zum Europäischen Parlament im vergangenen Mai belegt dies aufs Neue: Mit 43 Prozent fiel die Wahlbeteiligung auf ein Allzeittief, in einigen osteuropäischen Mitgliedsstaaten fand nicht einmal ein Fünftel der Wahlberechtigten den Weg zur Urne.



Fahnen flattern für Europa

Zivilgesellschaft als Hoffnungsträgerin

Die Europäische Union ist sich dieses Problems durchaus bewusst, und sie sucht deshalb in der jüngeren Vergangenheit verstärkt nach neuen Legitimierungsressourcen für ihre Politik. Dabei rückt neben dem Parlament zunehmend auch die Zivilgesellschaft ins Zentrum der Debatte (vgl. Ruzza/Della Sala 2007). Allerdings kann sich der kritische Beobachter bisweilen des Eindrucks nicht erwehren, die Zivilgesell-

schaft solle in Brüssel die Funktion einer eierlegenden Wollmilchsau bei der Weiterentwicklung europäischen Regierens im Besonderen und der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses im Allgemeinen einnehmen. Das Konzept findet in ganz verschiedenen Diskussionszusammenhängen als gemeinsamer Fluchtpunkt Verwendung. Allerdings wird in zahlreichen

Was bedeutet es für die politische Bildungsarbeit, wenn Brüssel verstärkt auf zivilgesellschaftliche Akteure setzt?

Documents and Verlautbarungen der Kommission nicht so recht klar, was die Zivilgesellschaft eigentlich konkret leisten soll. Was meint die EU also, wenn sie von Zivilgesellschaft spricht? Und was bedeutet es für die politische Bildungsarbeit, wenn Brüssel verstärkt auf zivilgesellschaftliche Akteure setzt?

Bis heute scheuen sich die Institutionen der Europäischen Union, eine Arbeitsdefinition von Zivilgesellschaft zu entwickeln. Es wird sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich Zivilgesellschaft gar nicht einheitlich definieren lasse. Immerhin gibt es innerhalb der einzelnen Dokumente, die sich mit der Rolle der Zivilgesellschaft in der Europäischen Union auseinandersetzen, einen gemeinsamen Bezugspunkt, nämlich eine Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) aus dem Jahr 1999, in der das Gremium, das sich selbst als Vertretung der organisierten Zivilgesellschaft in Brüssel versteht, die Akteure benennt, die die „organisierte Zivilgesellschaft“ seiner Ansicht nach konstituieren (EWSA 1999: 9). Hier werden neben NGOs auch sogenannte Community-Based Organisations (also auf Gemeinschaftsbildung ausgerichtete Assoziationen wie etwa Jugendorganisationen), Religionsgemeinschaften und schließlich auch die Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) sowie Vertretungsorganisatio-



©EU-Kommission

Leitete die EU-Kommission von 1999 – 2004:
Romano Prodi

nen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich im weiten Spektrum der organisierten Zivilgesellschaft verortet. Damit wählt der EWSA einen sehr weiten Zugang.

Ein zweiter wichtiger Bezugspunkt aktueller Debatten ist das Weißbuch „Europäisches Regieren“, das die Prodi-Kommission 2001 vorgelegt hat. Es stellt den Ausgangspunkt für eine mittlerweile ausufernde Debatte um die Weiterentwicklung von „guter“ Governance in der EU dar. Im Zentrum steht die Forderung nach fünf Grundsätzen guten Regierens, nämlich Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz als demokratisch-rechtsstaatliche Prinzipien, die unter anderem durch zivilgesellschaftliche Partizipation verwirklicht werden sollen (Joerges 2002).

Allerdings hält sich die EU-Kommission sehr zurück, wenn es darum geht, das Konzept von Zivilgesellschaft zu präzisieren. Sie spricht im Wesentlichen die „organisierte Zivilgesellschaft“ im Sinne des EWSA an, die im Rahmen des „zivilen Dialogs“ in die europäische Politikgestaltung insbesondere der Kommission eingebunden werden und damit zu einer Ergänzung des klassischen Governance-Repertoires der Union um nicht-gesetzgeberische Politikinstrumente beitragen soll.

Zivilgesellschaft wird als intermediäre Sphäre gekennzeichnet, die auch Akteure des Marktes mit einschließt und im Wesentlichen auf verfasste Organisationen abhebt, die sich auf Brüsseler Terrain bewegen

Innerhalb der verschiedenen EU-Dokumente wird also vor allem eine bereichslogische Definition vorgenommen, die Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre kennzeichnet, dabei auch Akteure des Marktes mit einschließt und im Wesentlichen auf verfasste Organisationen abhebt,

die sich auf Brüsseler Terrain bewegen. Und in diese Organisationen werden große Hoffnungen zur Überwindung aktueller Missstände europäischen Regierens gesetzt (vgl. ausführlicher Freise 2009). Sie sollen

1. die Effektivität europäischer Gesetzgebung durch das Einbringen von Expertise steigern und europäische Governance effizienter gestalten;
2. das Elitenprojekt Europa überwinden und als Legitimierungsressource angezapft werden, indem sie benachteiligten Gruppen oder auch dem „einfachen Bürger“ in Brüssel eine Stimme verleihen;
3. zur Herausbildung einer europäischen Identität beitragen, die als zentrale Voraussetzung für

die weitere Vertiefung des Integrationsprozesses betrachtet wird;

4. eine „Wachhundfunktion“ einnehmen, indem sie die EU-Behörden kontrollieren und Verantwortlichkeiten schärfen;
5. als wichtige Kooperationspartner für die Entwicklung der bislang nur in Grundzügen erkennbaren Sozialpolitik fungieren und
6. als Zielgruppen der externen Demokratieförderung insbesondere in autoritären Nachbarstaaten der EU dienen.

Wirklich mehr Partizipation und Deliberation in Brüssel?

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit genießt die Zivilgesellschaft zurzeit in der Diskussion um die Demokratisierung europäischer Regelsetzung. Die Kommission hat in den vergangenen Jahren eine

Die Kommission hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die auf die Verwirklichung deliberativer und partizipativer Demokratie abzielen sollen

ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, die auf die Verwirklichung deliberativer und partizipativer Demokratie abzielen sollen. So wurde beispielsweise das Internetangebot der Kommission gehörig aufpoliert, um Informationen über geplante Gesetzes-

initiativen der Union schon früh zur Diskussion zu stellen. Nahezu alle Generaldirektionen der Kommission unterhalten in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich im Rahmen des „zivilen Dialogs“ Kontakte

zur organisierten Zivilgesellschaft und anderen interessierten Kreisen und tüfteln an der Verstärkung dieses Dialogs. Mit der Website „Ihre Stimme in Europa“¹ bietet die Kommission Zugang zu einer Vielzahl von Konsultationen, Diskussionen und verspricht, dass sich die Bürgerinnen und Bürger hierüber „aktiv an der Politikgestaltung in Europa beteiligen können.“ Sie verfolgt mit diesen Maßnahmen gemäß eigener Auskunft das Ziel, einen allgemein gültigen, transparenten und kohärenten Rahmen für ihre Konsultationsverfahren mit der organisierten Zivilgesellschaft zu schaffen. In erster Linie soll so sichergestellt werden, dass bei der Politikgestaltung der Kommission die Standpunkte aller interessierten Kreise angemessen berücksichtigt werden. Dass die Kommission damit erfolgreich ist, wird seitens der Politikwissenschaft eher bezweifelt (z. B. von Quittkat 2008). Nichtsdestotrotz sind zumindest Bemühungen, dem Bürger näher zu kommen, nicht von der Hand zu weisen.

Wesentlich größere Bedeutung misst die Europäische Kommission allerdings der Weiterentwicklung ihres Komitologie-Systems zu, also ihren zahlreichen Verwaltungs- und Expertenausschüssen, auf denen die europäische Regelsetzung maßgeblich beruht. Und hier bedarf es einer ganz anderen Form von Zivilgesellschaft. Es geht nicht um die interessierte Bürgerin, die sich mit Eingaben am Gesetzgebungsprozess beteiligen möchte, oder gar den Demonstranten, der gegen politische Entscheidungen protestiert. Benötigt wird vielmehr eine Zivilgesellschaft, die sich hoch professionali-

1 http://ec.europa.eu/yourvoice/index_de.htm.



José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, und Franco Frattini, Vizepräsident, mit Vertretern/Vertreterinnen von NGOs im Zusammenhang mit den EU-Aktivitäten „Rechte für Kinder“

siert und auf der Grundlage von Expertise in die Komitologie-Ausschüsse einbringen kann. In der Folge haben sich die zahllosen Interessengruppen in Brüssel – ganz gleich, ob eigennützige Wirtschaftsverbände oder gemeinnützige NGOs – zu hochgradig professionalisierten Spezialisten entwickelt, die „durch eine gewisse Distanz zur Öffentlichkeit auffallen“, um es mit *Jürgen Kocka* (2007: 35) einmal vorsichtig zu formulieren. Entstanden ist so eine „stille Zivilgesellschaft“ (Kaelble 2005: 279), die alternative politische Lösungsvorschläge in der Regel durch die Produktion von Gutachten und nur in Ausnahmefällen durch die Organisation von Protest formuliert. Politikwissenschaftliche Analysen zeichnen deshalb vielfach das

Es ist fraglich, ob sich die verstärkte Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen wirklich als demokratische Legitimierungsressource erschließen lässt

Bild eines Lobbyplaneten Brüssel, in dem die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Interessensvertreter zwar zunehmend gehört werden, aber in unzureichendem Maße mit den Bürgerinnen und Bürgern verbunden sind (z. B. Greenwood 2007). Es ist deshalb fraglich, ob sich die verstärkte Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen wirklich als demokratische Legitimierungsressource erschließen lässt.

Optimistischer äußert sich die Politikwissenschaft, wenn es um die Legitimierungspotentiale der Zivilgesellschaft als europäische Identitätsstifterin geht. Und in diesem Zusammenhang werden die Vorstellungen der EU-Kommission auch für die Träger der politischen Bildungsarbeit interessant, da zunehmend Förderprogramme für sie bereitstehen.

Optimistischer äußert sich die Politikwissenschaft, wenn es um die Legitimierungspotentiale der Zivilgesellschaft als europäische Identitätsstifterin geht. Und in diesem Zusammenhang werden die Vorstellungen der EU-Kommission auch für die Träger der politischen Bildungsarbeit interessant, da zunehmend Förderprogramme für sie bereitstehen.

Citizen Education im Aufwind

Eine wesentliche Ursache für die momentan weitgehend festgefahrene Debatte um die Weiterentwicklung Europas ist die Tradition europäischer Integration als Elitenprojekt. Bis heute ist eine europäische Identität – wenn überhaupt – nur in Ansätzen zu erkennen.

Zentraler Bezugspunkt politischen Denkens ist in nahezu allen Staaten der Nationalstaat

Zentraler Bezugspunkt politischen Denkens ist in nahezu allen Staaten der Nationalstaat. Es gibt weder europäische

Parteien noch mediale Bindeglieder zwischen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und den Institutionen der Europäischen Union (Bijmans/Altides

2007). Politische Berichterstattung findet europaweit – wenn überhaupt – nur in den Qualitätszeitschriften statt, und nach dem Bericht aus Brüssel muss man in den dritten Programmen der ARD schon lange suchen. In unseren Nachbarländern ist das nicht viel anders. Kein Wunder also, dass die Institutionen der EU Hoffnungen in die nationalen und insbesondere die regionalen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen setzen, wenn es darum geht, dem Bürger europäische Themen näher zu bringen. Ganz unbegründet scheint diese Hoffnung nicht zu sein. *Volker Gunnar Schuppert* (2001: 9) deutete bereits 2001 an, dass sich zusehends europäische Netzwerke zivilgesellschaftlicher Organisationen herausbilden, die „nicht nur dem jetzigen Integrationsgrad der Europäischen Union, sondern dem kulturellen Pluralismus Europas in besonderer Weise entsprechen“.

Die Institutionen der Europäischen Union haben eine Vielzahl von Maßnahmen in der Hoffnung entwickelt, diesen Prozess beschleunigen zu können. Im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft“² für die Jahre 2007 bis 2013 spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Ziel des Programms ist es unter anderem, „ein Verständnis für eine europäische Identität zu entwickeln, die auf gemeinsamen Werten, gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur aufbaut“. Dies soll beispielsweise durch die Förderung von Städtepartnerschaften oder die Unterstützung für Initiativen von Organisationen der Zivilgesellschaft vor Ort erreicht werden. Andere Beispiele sind die Verleihung von *Goldenen Sternen* an Bürgerprojekte, die sich um den Integrationsprozess besonders verdient gemacht haben, oder das Europäische Jahr des freiwilligen Engagements, das das Europäische Parlament 2011 starten wird.

Im Gegensatz zur Debatte um die Einbeziehung von Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft in deliberative Gesetzgebungsverfahren der Union umfasst die Perspektive der europäischen Institutionen bei der Frage nach der Beförderung einer europäischen Identität nun also auch prononciert neo-tocqueville'sche Elemente und hebt indirekt Beiträge zum *Community Building* durch lokale Assoziationen hervor. Diese sollen durch ihre soziale Infrastruktur belastbarer Netzwerke von *face-to-face* Beziehungen bestehende soziale Schranken überwinden. Interpersonales Vertrauen, die Unterstützung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen sowie bürgerschaftliches Engagement werden

² <http://ec.europa.eu/citizenship/>

in diesem Verständnis in Netzwerken bürgerlicher Vereinigungen ausgebildet. Damit lässt sich diese Perspektive von Zivilgesellschaft der Debatte um den Nutzen von Sozialkapital im Sinne *Robert Putnam's* zuschlagen, den sich auch die Europäische Union zunutze machen möchte (Zimmer/Freise 2008).

Viele europäische Förderprogramme stehen bereits heute den Trägern politischer Bildungsarbeit offen

Und dabei entdeckt sie auch die Bedeutung der politischen Bildungsarbeit (*citizenship-education* im EU-Jargon). Viele europäische Förderprogramme stehen bereits heute den Trägern politischer Bildungsarbeit offen, und es ist davon auszugehen, dass die Förderprogramme in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

Inwieweit es damit tatsächlich gelingen kann, zu einer stärkeren europäischen Identitätsstiftung beizutragen, bleibt abzuwarten. In jedem Fall muss sich die Union aber hüten, eine europäische Zivilgesellschaft ausschließlich „von oben“ aufbauen zu wollen. Trotz der erheblichen Förderprogramme, die die Union seit den 1980er Jahren und in noch viel stärkerem Maße nach dem Beitritt der

mittel- und osteuropäischen Länder 2005 bzw. 2007 durchführt, lässt sich bislang kaum ein messbarer Erfolg hinsichtlich der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union messen. Immerhin verdeutlichen Einzelprojektevaluierungen durchaus, dass Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit durch zivilgesellschaftliche Organisationen europapolitische Kenntnisse vertiefen und damit die Voraussetzungen für eine Identitätsstiftung schaffen können (z. B. Brune 2007).

Enttäuschte Sehnsüchte?

Wie gezeigt, erfährt das Konzept der Zivilgesellschaft in Brüssel eine immense normative Aufladung. Untrennbar ist die Vorstellung von Zivilgesellschaft mit der Idee einer „guten“, demokratischeren Gesellschaft verbunden, in der

Die weit verbreitete Sehnsucht nach einem demokratischeren Europa schlägt sich auch in den umfangreichen Förderprogrammen der EU und anderer staatlicher Institutionen nieder

eine aktive Bürgerbeteiligung und politische Öffentlichkeit eine wichtige Rolle spielen. Und obwohl die aktuelle Umsetzung mehr als Feigenblatt zur Tarnung der Elitenveranstaltung Europa dient, besteht doch offensichtlich die weit verbreitete Sehnsucht nach einem demokratischeren Europa, die sich auch in den umfangreichen Förderprogrammen der EU und anderer staatlicher Institutionen niederschlägt.

Was gegenwärtig in Brüssel allerdings unter dem Schlagwort der zivilgesellschaftlichen Partizipation passiert, ist paradoxerweise kein Ausbau der Legitimationsbasis, vielmehr wird durch die Struktur der europäischen Interessenpolitik bestenfalls die Steuerungsfähigkeit des EU-Apparates durch die Bereitstellung von Expertise seitens der vielen Interessengruppen erreicht. Immerhin: Streiten Parlament, Rat und Kommission im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung europäischen Regierens vehement um die Aufgaben der organisierten Zivilgesellschaft, so besteht doch weitgehende Einigkeit, wenn es darum geht, die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträgerin für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit zu bemühen. Diese hochtrabenden Erwartungen sind sicher bestenfalls langfristig gerechtfertigt. Der Weg zu einer europäischen Zivilgesellschaft, die den Integrationsprozess befördern könnte, ist noch sehr weit. Ohne jeden Zweifel ist eine solche



Eine europäische Zivilgesellschaft lässt sich nicht ausschließlich von oben aufbauen. Kampagnenplakate zum Referendum in Irland, Mai 2008